
960/J XXII. GP

Eingelangt am 22.10.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

**der Abgeordneten Bettina Stadlbauer
und Genossinnen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend die UNIFEM-Studie „Women, War and Peace“**

Im April 2003 wurde die UNIFEM-Studie „Women, War and Peace“ von der früheren finnischen Verteidigungsministerin Elisabeth Rehn, die von den SPÖ-EU-Abgeordneten Chrsita Prets und Karin Scheele eingeladen wurde, erstmals in Österreich präsentiert. Die Autorinnen des Reports, Elisabeth Rehn und die frühere libanesische Finanzministerin Ellen Johnson Sirleaf untersuchten weltweit 14 Kriegsgebiete. Frauen in Krisengebieten sind systematisch Opfer von Entführungen, sexueller Gewalt, Zwangsschwangerschaften und Sklaverei, diese Verbrechen gehören auch immer mehr zur Kriegsstrategie. Obwohl Frauen zahlreiche Initiativen setzen, um einen Konflikt zu vermeiden oder zu beenden, haben sie selten Zugang zu politischen Entscheidungsstrukturen, sie werden nicht in offizielle Friedensverhandlungen einbezogen, dies widerspricht jedoch der UN-Resolution 1325. Der UNIFEM-Bericht enthält 22 Forderungen, von denen einige auch auf nationalstaatlicher Ebene von hoher Bedeutung sind.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres nachstehende

Anfrage:

1. Ist Ihnen der UNIFEM-Bericht „Women, War and Peace“ und die darin enthaltenen 22 Forderungen bekannt?

2. Sind von Ihrem Ministerium Maßnahmen geplant, um dem Bericht zu mehr Publizität zu verhelfen?
3. Wenn ja, welche?
4. Wenn nein, warum nicht?

5. Welche der Empfehlungen des Berichts können in Ihrem Ministerium umgesetzt werden?
6. Unterstützen Sie die Forderung des Berichts, dass ein Verhaltenskodex (code of conduct) für alle Mitarbeiterinnen von internationalen Organisationen gelten muss?
7. Wenn nein, warum nicht?
8. Gibt es etwas Ähnliches, wie den „code of conduct“ für österreichische MitarbeiterInnen von internationalen Organisationen?
9. Wenn nein, ist eine Initiative in diese Richtung geplant?
10. Sind seitens Ihres Ministeriums Genderschulungen für MitarbeiterInnen geplant?
11. Wenn nein, warum nicht?
12. Unterstützen Sie die Forderung des Berichts, dass mehr Frauen als „Peace-keeperinnen“ eingesetzt werden sollen?
13. Wenn nein, warum nicht?
14. Wenn ja, wie soll dies erreicht werden?